

"Den Worten sollen nun Taten folgen"

Autor(en): **Steinmann, Walter / Buchs, Matthieu**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie**

Band (Jahr): - **(2008)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-639011>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>



«Den Worten sollen nun Taten folgen»

INTERNET

Bundesamt für Energie BFE:
www.bfe.admin.ch

Öffnung des Strommarkts, Förderung von erneuerbaren Energien, Einführung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen ... Walter Steinmann, Direktor des Bundesamts für Energie (BFE), zieht Bilanz über das vergangene Jahr und gibt einen Ausblick auf die aktuellen wichtigen Dossiers.

Walter Steinmann, welche wichtigen Erfolge konnte das BFE im Jahr 2007 verbuchen?

Im vergangenen Jahr haben wir eine klare Ordnung des Strommarktes erreicht. Mit dem Stromversorgungsgesetz (StromVG) und der Revision des Energiegesetzes (EnG) haben wir gleichzeitig einen wichtigen Meilenstein für die Förderung der erneuerbaren Energien erreicht. Weiter haben wir unsere Energieperspektiven veröffentlicht, die dem Bundesrat als Grundlage für die Festlegung von Eckpfeilern einer neuen Energiepolitik dienen. Damit verfügen wir nun über einen Grundsatzbeschluss zur künftigen Ausrichtung der Energiepolitik. Auch beim «Sachplan geologische Tiefenlager» für die Lagerung von radioaktiven Abfällen sind wir gut vorangekommen. Wir hoffen, das Verfahren für die Standortwahl bald einleiten zu können.

Dieses Jahr beginnen die Vorbereitungen der Liberalisierung des Schweizer Strommarktes, die in zwei Etappen ablaufen soll. Die Referendumsfrist für das vom Parlament im März 2007 verabschiedete Stromversorgungsgesetz ist ungenutzt abgelaufen. Sind Sie erleichtert?

Das ist tatsächlich ein grosser Erfolg. Ich bin sehr froh, dass wir eine Lösung gefunden haben, die einerseits den Strommarkt öffnet und andererseits auch zur Versorgungssicherheit Sorge trägt.

Wie steht es mit andern Energiemärkten?

Wir haben nur einen ersten Markt geöffnet. Wir schauen uns nun die Entwicklung auf dem Gasmarkt sehr genau an und prüfen, ob die heutige Gesetzgebung genügt, damit die Schweiz bezüglich Wettbewerb und Versorgungssicherheit auf nationaler und internationaler Ebene richtig aufgestellt ist.

Im Februar 2007 hat der Bundesrat eine neue Energiepolitik verabschiedet, die auf vier Säulen beruht: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Grosskraftwerke und internationale Zusammenarbeit. Im September hat Bundesrat Moritz Leuenberger Aktionspläne mit konkreten Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und Förderung von erneuerbaren Energien in die Vernehmlassung geschickt. Welche Massnahmen sind Ihrer Meinung nach in diesem Bereich unerlässlich (zum Zeitpunkt des Interviews stand die Position des Bundesrates noch nicht definitiv fest)?

In den letzten Jahren haben wir bei der Stromerzeugung mit erneuerbaren Energiequellen grosse Fortschritte gemacht. Ein beachtliches Potenzial liegt noch bei der Wärmeerzeugung für Heizung und Warmwasser sowie in der Industrie und im Dienstleistungsbereich. Zur Förderung dieses Sektors braucht es konkrete Schritte, die aus einer Kombination von Abgaben, Steueranreizen, Fördermassnahmen und Massnahmen in der Forschung und Ausbildung bestehen. Neben der Wärmeerzeugung gilt es

auch, die Potenziale bei der Wasserkraft und den biogenen Treibstoffen zu erschliessen.

Im Rahmen seiner neuen Energiepolitik empfiehlt der Bundesrat als Übergangsstrategie auch die Errichtung von Gaskombikraftwerken, um der drohenden Stromknappheit begegnen zu können. Angesichts der strengen Auflagen insbesondere im Bereich des CO₂-Ausstosses drohen nun die Stromerzeuger, auf ihre Projekte im Inland zu verzichten und aus dem Ausland «schwarzen» Strom aus Kohlekraftwerken zu importieren.

Fakt ist, dass ein neues Kernkraftwerk in der Schweiz frühestens in 16 bis 18 Jahren in Betrieb gehen könnte. Zu spät, um die in rund zehn Jahren erwartete Versorgungslücke zu

Versorgung in Krisenzeiten haben wir ausserdem die Pflichtlager der Internationalen Energie-Agentur (IEA), die unseren Bedarf an Treibstoff und Erdöl für 120 Tage decken.

Öffnung der Strommärkte, geographische Ungleichheiten im Hinblick auf die verschiedenen Energieressourcen... Kann die Energiepolitik noch innerhalb eines einzelnen Landes bestimmt werden?

Immer mehr sehen wir, dass wir in Energiefragen keine Insel sind. Ob beim Import von Primärenergieträgern oder bei unserer Stellung inmitten des europäischen Stromnetzes: Wir sind mit vielen anderen Ländern eng verflochten. Es ist für uns von grossem Interesse, an den weltweit getroffenen Ent-

«ICH BIN SEHR FROH, DASS WIR EINE LÖSUNG GEFUNDEN HABEN, DIE EINERSEITS DEN STROMMARKT ÖFFNET UND ANDERERSEITS AUCH ZUR VERSORUNGSSICHERHEIT SORGE TRÄGT.»

schliessen. Als Übergangstechnologie bietet sich die fossilthermische Stromproduktion an: Wenn aber die Rahmenbedingungen eine solche Stromproduktion im Inland nicht zulassen, muss mit vermehrten Importen gerechnet werden. Wir wären einerseits verstärkt vom Ausland abhängig und müssten andererseits auch dreckigen Strom aus Kohlekraftwerken importieren, der mit mehr CO₂ belastet ist als der fossilthermische Strom, der in der Schweiz mit den neusten Technologien produziert werden könnte.

Fossile Energieträger wie Öl und Gas sind in der Schweiz noch vorherrschend. Welche Massnahmen werden ergriffen, damit in diesem Bereich die Versorgungssicherheit zu vernünftigen Preisen gewährleistet werden kann?

Zur Gewährleistung der langfristigen Versorgungssicherheit setzen wir künftig auf eine engagierte Energieaussenpolitik. Der Anfang ist gemacht. Wir sitzen mit den wesentlichen Nachbarländern einmal jährlich zusammen und besprechen die wichtigsten bilateralen Dossiers. Wir haben zusätzlich im letzten Herbst eine enge Zusammenarbeit mit einem ersten Produzentenland, Aserbaidschan, vereinbart. Im Mittelpunkt steht dabei eine verstärkte bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Energieversorgung, Forschung und Entwicklung, Technologietransfer, Energieeffizienz, erneuerbare Energien sowie Transport von Erdgas und Erdöl. Für die

scheiden mitzuwirken. Der Bundesrat hat uns beauftragt, eine Strategie für die internationalen Energiebeziehungen zu formulieren. Das ist ein sehr wichtiges Element für die künftige Energiepolitik.

Um den grossen Herausforderungen begegnen zu können, findet 2008 eine Reorganisation des Bundesamtes für Energie statt. Worin bestehen die wichtigsten Änderungen und welches sind die Gründe dafür?

Im Jahr 2008 wird die Elektrizitätskommission aktiv. Sie wird von einem Fachsekretariat unterstützt, das unserem Amt administrativ angegliedert ist. Daneben bereiten wir uns darauf vor, dass die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) ab dem 1. Januar 2009 unabhängig wird. Zudem wird der Bereich der Forschung neu gruppiert und verstärkt; denn der Ausgangspunkt für Neuerungen, insbesondere im Sektor Energie, liegt beinahe immer bei der Forschung und Ausbildung.

Im Jahr 2008 wird die CO₂-Abgabe auf fossilen Brennstoffen eingeführt. Nachdem der Erdölpreis schon sehr hoch ist, hört man sicher von den einen und andern ein Zähneknirschen. Was geben Sie diesen Leuten zur Antwort?

Dass diese Massnahme unerlässlich ist, wenn wir eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik fortsetzen wollen. Man muss ausserdem sehen, dass die CO₂-Abgabe keine Zusatzge-

bühr sondern ein Steueranreiz ist; der Ertrag wird über die Prämien der Krankenkassen und AHV-Kassen wieder an die Bürger und Unternehmen verteilt. Ein sparsamer Umgang mit Energie macht sich somit für die Haushalte und Unternehmen bezahlt.

Der Bundesrat wird Anfang 2008 den Sachplan für die Lagerung von radioaktiven Abfällen in geologischen Tiefenlagern verabschieden. Was sind die nächsten Etappen?

Wenn der Bundesrat diesen Sachplan Anfang 2008 verabschiedet, gibt er damit grünes Licht für den Start der ersten Etappe der Standortsuche. Im Verlaufe der ersten Hälfte 2008 erwarten wir Vorschläge der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), in welchen Regionen solche Tiefenlager realisiert werden könnten. Wichtigstes Kriterium ist dabei die Sicherheit für Mensch und Umwelt.

Welche andern wichtigen Dossiers stehen für 2008 beim Bundesamt für Energie an?

Für uns wird zentral sein, dass wir die Verhandlungen mit der EU vorantreiben können. 2008 werden wir zudem mit der Umsetzung der Beschlüsse des Bundesrats zur Energiestrategie, insbesondere zu den Aktionsplänen und der Strategie zur Energieaussenpolitik, beginnen. Daneben wird uns auch die parlamentarische Behandlung des Kernenergiehaftpflichtgesetzes beschäftigen. Eine weitere Herausforderung ist der Weggang vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aufgrund des Systemwechsels bei der Pensionskasse des Bundes in den Ruhestand treten. Im nächsten Jahr werden viele neue Leute zu uns stossen, die wir möglichst rasch einbinden und einsetzen wollen.

Die Energiefrage war bei den nationalen Wahlen im Oktober 2007 sehr präsent. Glauben Sie, dass dies die Arbeit des Bundesamtes für Energie, das sich für eine nachhaltige Energiepolitik engagiert, vereinfacht?

Vor den Wahlen haben beinahe alle Parteien gesagt, dass sie sich für eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik einsetzen. Wir hoffen, dass den Worten nun Taten folgen. Die prioritären Themen Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen weiter entwickelt werden. Daneben hoffen wir, genügend Mittel für die Förderung von Forschung und Innovation zu erhalten.

Interview: Matthieu Buchs